in und um Berlin hatten. Die Berliner haben sich in dieser Nacht darüber hinweggesetzt.

Der Fall der Mauer, die Einforderung der deutschen Einheit fand in einer Form statt, die politisch vollkommen unangreifbar war. Es war der Souverän, es war das Volk, der dies tat, und danach mußten sich alle Mächte und alle Regierungen richten.

Das ist das große nationale Verdienst der Berliner von 1989, ihre Tat bekräftigte die Option von 1946; die Deutschen gehören zum Westen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Wilke. Sie haben das Augenmerk noch einmal auf die demokratische Anfangszeit gelenkt, was sehr wichtig ist, und noch einmal an den 9. November erinnert.

Wenn die persönliche Bemerkung gestattet ist: Ich habe am 9. November ganz zufällig bei einer Konferenz von Historikern hier im Saal gestanden, und ich habe es überhaupt nicht begreifen können, als mir ein Zettel hereingegeben wurde: Die Mauer ist offen. Ich habe das nicht begriffen, nicht verstanden. Und erst beim zweiten Zettel dämmerte mir, daß das wohl auch so gemeint war.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Frau Vorsitzende, ich frage es, weil es mir schon von anderer Seite geschildert wurde: Ist es richtig, daß dann jemand aus Ihrer Begleitung versucht hat, die sowjetische Botschaft zu erreichen, um zu erfahren, ob Reaktionen der Sowjetbehörden, etwa auch der sowjetischen Armee, zu erwarten wären? Ist das richtig? So wurde mir das geschildert. Und als dort niemand erreicht wurde, hätte man in der Luftsicherheitszentrale angerufen, und ein sowjetischer Beamter hätte gesagt, die sowjetischen Panzer blieben in ihren Kasernen. – Also richtig dramatisch!

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Daß es dramatisch war, ist sicher richtig. Vor allem war es unfaßbar. Allerdings ist mir von diesen Telefonaten nichts bekannt, was nicht ausschließt, daß von anderen Stellen in Berlin solche Anrufe möglicherweise getätigt worden sind. Das kann ich aber nicht bezeugen.

Herr Mitter, Sie haben das Wort. – Herr Dr. Armin Mitter, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für das Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sv. Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwar hat Herr Wilke darauf hingewiesen, daß wir heute schon eine Menge über 1961 und den Mauerbau gehört haben; ich hoffe aber, ich werde Sie mit meinen Ausführungen nicht langweilen, die sich vor allen Dingen mit der inneren Verfassung der DDR-Gesellschaft vor dem Mauerbau,

vor allem seit 1958 bis nach dem Mauerbau, etwa im Herbst 1961, die ich an einigen Stichpunkten schildern will, beschäftigen.

Die Grundlage für meine Ausführungen ist ein gründliches Studium – soweit es möglich war – in den Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, im ehemaligen SED-Archiv und im Archiv der Einheitsgewerkschaft FDGB.

Herr Mahncke hat das eigentlich im Moment vielleicht interessanteste Forschungsproblem in der neueren Zeitgeschichtsschreibung schon formuliert. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade die Abhängigkeit der SED von den sowjetischen Genossen in Moskau oder die Eigenständigkeit der SED – eben dieses Wechselverhältnis – im Moment die Geister bewegt und einen sehr breiten Raum in der Literatur einnimmt.

Es ist geradezu interessant festzustellen, daß, parallel zu den forcierten Rüstungsbestrebungen von Chruschtschow 1958, die aus einer gewissen Überlegenheitsmentalität heraus resultierten – einerseits war der Sputnik-Schock nicht lange her, andererseits hatte sich das Land wirtschaftlich einigermaßen konsolidiert, Ungarn war niedergeschlagen, man hatte verhindert, daß in den anderen kommunistischen Staaten ähnliche Ereignisse stattfinden – der V. Parteitag der SED auf Betreiben des Zentralkomitees bzw. des Politbüros der SED die forcierte Vollendung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus beschloß.

Ich glaube, daß diese zwei Dinge sehr viel miteinander zu tun haben, eng aufeinander abgestimmt waren. Man darf nicht vergessen – Herr Wolle hat das meines Erachtens sehr prägnant benannt –, daß es sich bei der Berlin-Krise zwischen 1958 und 1961 eben nicht um eine Berlin-Krise im engeren Sinne, sondern um eine innere gesellschaftliche Krise der DDR handelte.

In der DDR-Hofgeschichtsschreibung – etwas anderes ist bis 1989 nicht festzustellen – ist der Mauerbau immer wieder mehr oder weniger plump und primitiv damit begründet worden, daß die DDR ausbluten würde, wenn man die Mauer nicht gebaut hätte. Ich möchte dagegen polemisieren: Man vertauscht hier Ursache und Wirkung. Gerade diesem Komplex, der Rolle der Fluchtbewegung in der Zeit zwischen 1958 und 1961, kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil auch in einem Teil der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung immer stärker dieses Argument gebraucht wurde – bis zu der für mich uneinsichtigen These, daß der Sozialismus in der DDR eigentlich erst aufgebaut werden konnte, als die Mauer gebaut worden war, mit dem Hintergrund, daß die DDR zwangsläufig hätte ausbluten müssen, wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre.

Meines Erachtens hatte der forcierte Aufbau des Sozialismus eine innergesellschaftliche Umgestaltung zum Inhalt, die verschiedene soziale Schichten in Bewegung gebracht hat. Es war durchaus nicht so, daß die Anziehungskraft des Westens allein diese Fluchtbewegung hervorgerufen hat. In erster Linie

wurde die Liquidierung ganzer Klassen und Schichten mit diesem forcierten Aufbau intendiert. Das Wichtigste und Prägnanteste war zweifellos die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft zwischen 1959 und 1961. Jeder, der sich im bäuerlichen Milieu auskennt, weiß darüber Bescheid, wie schwierig es für jemanden ist, der auf dem Lande lebt, das Land zu verlassen und in ein anderes Land zu gehen. Zudem waren die sozialen Bedingungen gerade für die ländliche Bevölkerung der DDR, die sich Richtung Westen begab, durchaus nicht so positiv, wie das oft in der DDR-Hofgeschichtsschreibung beschrieben wurde. Im Gegenteil, gerade in dieser Zeit kam es zu einer Intensivierung der bundesdeutschen Landwirtschaft, die natürlich auch damit zu tun hatte, daß sehr viele ehemalige Landwirte ihre Betriebe aufgeben mußten.

In diesem Prozeß fand auch in der Industrie eine ungeheure Zentralisierung statt, die vor allen Dingen Frustrationen innerhalb der Industriearbeiterschaft mit sich brachte. Es ist festzustellen, daß bereits im Jahre 1960, im Jahr des sogenannten vollgenossenschaftlichen Dorfes, in den Betrieben, also parallel zur Kollektivierung der Landwirtschaft, die Intensivierung der Industrieproduktion stattfand. Auch das wurde in der DDR-Geschichtswissenschaft immer groß gefeiert. Der Siebenjahrplan war bis 1965 das eigentliche Kernstück der Entwicklung. Im Grunde genommen war es bereits zu diesem Zeitpunkt die blanke Niederlage.

In dieser Zeit, also 1960, fanden in der DDR über 150 Streiks statt. Die Zwangskollektivierung wurde zunächst von der ländlichen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade sogar hingenommen. Allerdings ist in den Akten bereits für Juli/August 1960 festzustellen, daß es zu Auflösungen, sogar zu Landarbeiterstreiks kam, und die SED-Führung reagierte mit Repressivmaßnahmen, vor allem durch Gerichte.

Überhaupt ist der Machtapparat zur gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR seit 1958, seit dem V. Parteitag, in vollem Einsatz. Es werden Einsatzbrigaden aus örtlichen Funktionären, aus Staatsanwälten gebildet, die nur ein Ziel haben: die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Recht und Gesetz hatten da eine völlig untergeordnete Bedeutung. Es ging bis zur physischen Liquidierung. Das ist auch in den Akten ziemlich klar festzustellen.

Allerdings reagierte die Bevölkerung eben nicht so, wie sich die SED-Machthaber das dachten. Seit etwa Anfang 1961 kommt es zu einer forcierten Streikbewegung. Die Intensivierung der Auflösung der LPG schreitet ständig voran. Andererseits ist eine wachsende Zahl von Provokationen festzustellen, die sich über die ganze DDR erstrecken. Ich rede hier nicht von einem Teil Berlins, sondern ich habe mich ganz bewußt darum bemüht, in allen Bezirken die Situation innerhalb der Bevölkerung festzustellen.

Der erste Höhepunkt dieser gesamten Entwicklung ist eigentlich im April/Mai zu sehen, wo die DDR-Führung versucht, mit außenpolitischen Aktivitäten auf

sich aufmerksam zu machen. Der sogenannte Friedensvertrag mit Deutschland wird propagiert, der von der Bevölkerung überhaupt nicht angenommen wird, weil die breite Masse der Bevölkerung einsieht, daß es nicht realistisch ist, daß die Bundesrepublik aus bestimmten Gründen darauf überhaupt nicht eingehen wird.

Um so schlimmer ist es, daß sich Intellektuelle im Osten und im Westen für dieses Phänomen sehr stark machen. Man stellt in den Akten immer wieder den Zwiespalt zwischen der Meinung der Intellektuellen und der Ansicht der einfachen Arbeiter oder Bauern auf dem Dorf fest, die die Situation viel klarer gesehen haben und sich auf das Geplänkel der Herrschenden nie eingelassen haben.

Etwa ab Mai 1960 ist in sämtlichen Stimmungsberichten aus den Betrieben festzustellen, daß in der DDR eine ähnliche Situation wie vor dem 17. Juni 1953 herrscht: wachsende Streiks, Austritte aus den LPG, wachsende Protestaktionen, wachsende Provokationen gegenüber SED-Genossen. Die Partei in sich selbst wird immer desolater. Es ist spürbar, daß selbst von der Parteibasis der Kurs des forcierten Aufbaus des Sozialismus immer stärker angezweifelt wird.

Es sind drei Verhaltensweisen festzustellen: erstens Austritte alter Genossen, zweitens die Forderung nach Gründung einer neuen SPD – das ist flächendeckend über sämtliche Bezirke festzustellen – und drittens: Der eigentliche Mann ist Willy Brandt. Das ist der eigentliche Parteiführer, dessen Ziele wir vertreten können. Willy Brandt hat zu diesem Zeitpunkt innerhalb der SED ein sehr hohes Maß an Popularität gehabt – sehr zum Schaden der Parteiführung. Auch auf Konrad Adenauer ruhten sehr viele Hoffnungen, daß er endlich dem ganzen Spuk ein Ende macht. Denn große Teile der Bevölkerung sind damals, vor dem Mauerbau, davon ausgegangen, daß sich die Bundesregierung, auch die Alliierten, diesen verschärften Kurs, der natürlich auch mit einer riesigen Verhaftungswelle verbunden war, nicht gefallen lassen werden.

Die DDR-Führung hatte meines Erachtens in dieser innergesellschaftlichen Krise überhaupt keine andere Chance. Alles, was ich jetzt im politischen Bereich beschrieben habe, könnte ich auch auf den wirtschaftlichen Bereich ausdehnen. Es kam zu Engpässen im gesamten Warengebiet. Es kam zu einer wirtschaftlichen Krise sondergleichen, die bis dahin nicht dagewesen war.

Aber die Fluchtwelle hat ihre Höhepunkte eigentlich erst ab April 1961 erreicht. Da begann sie sprunghaft anzusteigen. Vorher sind die Zahlen durchaus etwa mit denen von 1957 vergleichbar. Auch das spricht dagegen, daß die Fluchtwelle der eigentliche Grund für den Mauerbau gewesen ist. Die Notwendigkeit hat eigentlich darin bestanden, daß man diese innergesellschaftliche Krise lösen mußte. Die außenpolitischen Gegebenheiten waren eben so – das hat man zwischen Ost-Berlin und Moskau sehr genau kalkuliert –, daß die Westmächte nicht dagegen vorgehen würden.

Nach dem Mauerbau – auch die Untersuchung dieser Zeit scheint mir sehr wichtig – ist festzustellen, daß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, einschließlich der SED, eine riesige Disziplinierungswelle stattfindet. Die Zahl der Verhafteten steigt extrem an und ist etwa vergleichbar mit den Monaten Juli/August 1953. Bis nach dem Mauerbau sind solche Zahlen nie mehr aufgetreten.

Die Disziplinierung erstreckt sich aber beispielsweise auch auf die Universitäten. Es ist von den Vertretern der sogenannten systemimmanenten Betrachtungsweise immer wieder behauptet worden, daß gerade die Intelligenz in der DDR der eigentliche Faktor sei, der die Reformen in Gang setzen wird. Meines Erachtens ist die Intelligenz bis 1961 schon heruntergewirtschaftet gewesen. Die Hochschulen waren längst nicht mehr die Stätten von Kreativität. Aber nach dem Mauerbau ist der entscheidende Schub gekommen. Man kann in den Akten beispielsweise nachlesen, daß 1962 nur 32 % aller Hochschullehrer überhaupt die Qualifikation hatten, die eigentlich für einen Hochschullehrer notwendig war. Das zeigt den intellektuellen Niedergang, der in dieser Zeit bereits eingetreten ist.

Es zeigte sich auch, daß die verstärkte Militarisierung innerhalb der DDR vorangetrieben wurde. Die Wehrpflicht wurde beispielsweise im Herbst 1961 eingeführt. Dagegen wurde in den Schulen extrem protestiert. Zum Beispiel sind in der Oberschule in Anklam Oberschüler in schwarzen Hemden und mit schwarzen Fahnen zum Unterricht gekommen und haben gesagt: Wir tragen heute unsere Zukunft zu Grabe. Das hat Ulbricht zum Anlaß genommen, eine breite Disziplinierungskampagne innerhalb der DDR-Volksbildung einzuleiten. Das hat Hunderte von Lehrern die Jobs gekostet. Gerade in der ersten Zeit nach dem Mauerbau war der Anteil der Lehrer an den Flüchtlingen sehr hoch.

Es tut mir leid, daß ich die Zeit vielleicht etwas überschritten habe. Ich glaube aber, daß diese wenigen Fakten doch ein gewisses Bild von der inneren Verfassung der DDR- Gesellschaft zwischen 1958 und dem Herbst 1961 geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß Sie sozusagen das Umfeld dargestellt haben, daß wir Berlin nicht isoliert sehen, sondern daß die Vorgänge in Berlin auch in sehr engem Kontext mit den Vorgängen in der DDR waren. Das ist ein wichtiger Bezugspunkt.

Wir treten jetzt in die Diskussionsrunde ein. Ich darf Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle bitten, hier vorn Platz zu nehmen. Sie werden gleich noch Gelegenheit haben, zu Anmerkungen oder an Sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was wir einvernehmlich festgelegt hatten: Wir machen jetzt eine etwas längere Runde mit Fragen oder ergänzenden Bemerkungen, und zwar mit jeweils zwei Kollegen der großen Fraktionen und jeweils einem Kollegen der kleineren Fraktionen bzw.